
Gilbert Ziebura

Golfkrieg, „neue Weltordnung“ und die Folgen für Deutschland

Prof. Dr. Gilbert Ziebura, geb. 1924 in Hannover, Studium der Geschichte, Allgemeinen Staatslehre und Romanistik in Berlin und Paris, seit 1964 Professor für Politische Wissenschaft (unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Politik) an der FU Berlin, ab 1974 in Konstanz, ab 1978 an der TU Braunschweig.

Die historische Bedeutung des Golfkriegs

Jenseits aller Betroffenheit und aller medienvermittelten Desinformation spürt jeder, daß der Golfkrieg, weit über seinen eigentlichen Anlaß hinaus, ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung ist. Geht es aber um eine genauere Einschätzung, trennen, ja polarisieren sich die Geister. Die einen meinen, er sei der Anfang des Dritten Weltkriegs. Aus dieser Sicht erübrigen sich alle Vergleiche mit den dreißiger Jahren, da sie die heutigen Realitäten nur vernebeln. George Bush dreht den Spieß um: Für ihn ist der Krieg ein Tunnel, an dessen Ende sich die Chance für die Schaffung einer „neuen Weltordnung“ eröffnet. Liegt die Wahrheit irgendwo zwischen dem Katastrophen-Szenario der Pessimisten und dem wieder einmal geschürten Wunderglauben an bessere Zeiten?

Warum konnte ein lokaler Konflikt zwischen zwei Golfstaaten um ein Ölfeld, um Ölpreis und Ölfördermengen erst zu einer regionalen Krise, dann zu einem Krieg mit globalen Auswirkungen eskalieren? Manche Beobachter versuchen, diesen Vorgang damit zu erklären, daß es sich um den ersten Konflikt nach Ende der Ost-West-Konfrontation handelt.¹ Tatsächlich spricht viel

¹ Vgl. Bassam Tibi, Die irakische Kuwait-Invasion und die Golfkrise. Lokale und regionale Bestimmungsfaktoren eines internationalisierten Konflikts nach dem Ende des Kalten Krieges, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 4/1990; ders. Der Irak und der Golfkrieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 7-8/1991.

dafür, daß die ungeheure, zunächst von allen Seiten, an erster Stelle von den USA, völlig verkannte Brisanz der Krise etwas damit zu tun hat.² Mit dem Niedergang der durch die „doppelte Hegemonie“ (de Gaulle) der beiden Supermächte installierten und garantierten „Weltordnung“ scheint ein weltpolitisches Machtvakuum entstanden zu sein, das für Abenteuer regionaler Potentaten größeren Spielraum schafft und sie in die Lage versetzt, nicht mehr Stellvertreter-Kriege zu führen, sondern auf eigene Rechnung zu handeln. Diese Interpretation hat viel für sich, sofern man nicht vergißt, daß die sogenannte Stabilität der Kalten-Kriegs-„Ordnung“ nur für den Norden galt und überdies mit Hilfe einer Hochrüstung erkaufte wurde, die, mit unterschiedlicher Intensität, beide Supermächte auf Dauer ökonomisch überforderte und schließlich mithalf, eben diese „Ordnung“ von innen heraus zu zerstören.

So begann das, was man spätestens seit Mitte der achtziger Jahre die „post-hegemoniale Ära“ genannt hat³ - eine Zeit des Übergangs, also struktureller Veränderungen ohne klar erkennbare Finalität, voller Instabilität und Ungewißheiten, eine Brutstätte alter und neuer Krisen und Konflikte. Der drohende Zerfall der Sowjetunion und das Chaos, in das die schwierige und schmerzhafteste Passage vom „Realsozialismus“ zu irgendeiner Form von Marktwirtschaft und pluralistischer Demokratie in Mittel- und Osteuropa (einschließlich der ehemaligen DDR) geführt hat, belegen diesen Eindruck ebenso wie die gewaltigen inneren Probleme der USA, die sich anhäufenden Ungleichgewichte der Weltwirtschaft sowie der kontinuierliche ökonomische, ökologische und soziale Abstieg großer Teile der Dritten Welt. Für die Überwindung von Unterentwicklung gelten die achtziger Jahre inzwischen als das „verlorene Jahrzehnt“.

Unter diesen Bedingungen läßt sich nachvollziehen, warum ein ursprünglich fast als „normal“ erscheinender lokaler Konflikt in kürzester Frist den Charakter des ersten großen Krieges zwischen Nord und Süd erhalten konnte, sogar trotz der in der Anti-Irak-Koalition versammelten arabischen Länder, denen gerade deshalb freilich eine schwierige Zukunft bevorsteht. Plötzlich brachen auch in dieser Region alle Krisenfaktoren auf, die die Supermacht-Konfrontation entweder überdeckt oder im Sinn der Durchsetzung eigener globaler Machtinteressen mißbraucht hatte. Keine Region der Welt wurde in so unverfrorener

2 Am 12.2.1990 schrieb US-Unterstaatssekretär John Kelly an Saddam Hussein: „Sie sind eine Kraft der Mäßigung in der Region. Die Vereinigten Staaten wünschen, ihre Beziehungen zu Irak zu verbreitern.“ Am 25.4., aus Anlaß der Beendigung des Ramadan-Monats, richtete George Bush eine Botschaft der Freundschaft an Hussein. Wenige Tage vor der Invasion erklärte die amerikanische Botschafterin in Bagdad, April Glaspie, gegenüber Hussein, die USA härten zum Konflikt des Irak mit Kuwait „keine Meinung“; vgl. Jean-Pierre Lagellier, Un conflit tant annoncé..., in: Le Monde, 18.1.1991; Pierre Salinger/Eric Laurent, Guerre du Golf. Le dossier secret, Paris 1991 (Auszug in: Spiegel, 5/1991).

3 Vgl. aus der reichen Literatur Robert O. Keohane, After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy, Princeton/New Jersey 1984.

Weise für die Supermachtinteressen instrumentalisiert wie der Nahe und Mittlere Osten, der sich allerdings wegen seiner Zersplitterung besonders gut dafür eignete. Sowohl die USA wie die Sowjetunion waren ständig bemüht, diesen Raum unter sich aufzuteilen, sich eine Klientel von

zum Teil wechselnden Staaten (z.B. Ägypten) zu schaffen.⁴ Es konnte nicht ausbleiben, daß alle Länder in diesem Raum zu privilegierten Empfängern von oft hochmodernen Rüstungsgütern aus West und Ost avancierten. Bereits im Verlauf der siebziger Jahre gingen 48 Prozent der Großwaffenexporte, die für die Dritte Welt bestimmt waren, in den Nahen und Mittleren Osten.⁵ Die Supermächte und ihre Verbündeten haben damit nicht nur die innerarabischen Gegensätze verschärft, sondern sich bei der Lösung der Krisen, insbesondere des israelisch-arabischen Konflikts, gegenseitig blockiert.

Wie immer unter solchen Umständen profitierten die „Eliten“, während die primitivsten Bedürfnisse der Massen auf der Strecke blieben. So verbanden sich die enormen internen Einkommensdisparitäten mit einem gewaltigen externen Wohlstandsgefälle. 1988 betrug das Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf in Kuwait 13.400 Dollar (1987 sogar 14.610), in Ägypten aber 660 Dollar und in Jordanien 1.500 Dollar (für den Irak fehlen Angaben).⁶ Erst jetzt, bei den Plänen für die „Neuordnung“ der Region nach dem Krieg, wird diesem Aspekt plötzlich die längst überfällige Aufmerksamkeit geschenkt. Warum muß es ein Krieg sein, der die Rolle des Geburtshelfers spielt? Wäre auch nur ein verschwindender Bruchteil der Kosten, die er verschlingt, für die Entwicklung des Raums aufgebracht worden, wäre er möglicherweise gar nicht ausgebrochen.

Hinzu kommt, daß der Westen sich Sünden vorhalten lassen muß, die allein auf sein Konto gehen. An dem bis ins frühe Mittelalter zurückreichenden, oft blutigen Gegensatz zwischen Christentum und Islam tragen sicherlich beide Seiten ein gerütteltes Maß Schuld. Offenbarungsreligionen mit universalem Missionsanspruch haben es schwer, miteinander zu koexistieren, geschweige denn einander zu verstehen. Durch den Golfkrieg erhält dieser Gegensatz aber eine historisch neue Qualität. Indem sich islamischer Fundamentalismus und bittere Armut verbinden, erhält der Nord-Süd-Konflikt in dieser Region und weit über sie hinaus (Asien, Afrika) eine quasi theologische, fast transzendente Dimension, der mit politischen Mitteln kaum zu begegnen ist.

Schließlich sollte man nicht vergessen, daß sich der Westen Versuchen nationaler Selbstbestimmung mit aller Macht widersetzt hat. Von der Zeit des formellen Kolonialismus und informellen Imperialismus wollen wir nicht sprechen, obwohl, bis zur willkürlichen Grenzziehung nach der Aufteilung des Osmanischen Reichs durch

4 Vgl. Ursula Braun, Die Golfregion: Probleme und Bedeutung im Ost-West-Bezug, in: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Weltpolitik. Strukturen, Akteure, Perspektiven, Stuttgart 1985.

5 SIPRI Rüstungsjahrbuch '81/82, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 134f.

6 Weltentwicklungsberichte 1989 und 1990, jeweils Tab. 1.

Großbritannien und Frankreich, hier alle Probleme grundgelegt wurden, ohne die der Golfkrieg nicht zu verstehen ist. Wie lang aber ist die Liste der Interventionen auch im nachkolonialen Zeitalter! Dafür nur einige Beispiele: Im August 1953 wurde mit Hilfe der USA der Ministerpräsident Persiens, Mossadegh, gestürzt, nicht zuletzt, weil er es gewagt hatte, die Erdölindustrie seines Landes zu verstaatlichen.⁷ Der Schah, der auf

⁷ Fred Halliday, Iran. Analyse einer Gesellschaft im Entwicklungskrieg, Berlin 1979, S. 32.

den Pfauenthron zurückkehrte, setzte, gestützt auf Dutzende von multinationalen Unternehmen aus dem hochindustrialisierten Westen, eine Zwangsmodernisierung durch und machte sein Land zum Brückenkopf der USA in der Region. Mit dieser Politik bereitete er den Boden für die Revolution des Ajatollah Chomeini 1979. Die Verstaatlichung des Suez-Kanals durch den Präsidenten Ägyptens, Nasser, provozierte 1956 eine militärische Intervention Großbritanniens und Frankreichs, die am Widerstand beider Supermächte scheiterte. Die Reaktion der USA und Westeuropas auf den Bürgerkrieg im Libanon oder die Situation in den Elendslagern der palästinensischen Flüchtlinge ist alles andere als ein Ruhmesblatt. Und der Kampf gegen die menschenverachtenden Diktatoren der Region erfolgte ausschließlich nach dem Gesetz des Opportunismus.

Vor dem Hintergrund dieser Geschichte sollte der Westen mit Begriffen wie Moral und Recht äußerst vorsichtig umgehen, sollte er auf Glaubwürdigkeit Wert legen. Geherrscht hat harte Realpolitik, deren Kern Doppelmoral ist, wie Machiavelli gelehrt hat. Stimmt Moral und Recht mit strategischen und ökonomischen Interessen überein, bediente man sich freizügig dieser Kategorien; war es nicht der Fall, ließ man sie ohne Skrupel fallen. Erst wenn man die Demütigungen begriffen hat, die den Arabern zugeführt wurden, sollte man den Stab über Saddam Hussein brechen.

Nicht er hat das Krisenkonglomerat geschaffen, das der Nahe und Mittlere Osten darstellt. Er hat es mit großer Brutalität für seine Sache genutzt. Die Emanzipation vom Westen und den Supermachtbedingungen begann 1979 mit der Revolution in Iran. Der vom Irak angezettelte Krieg gegen Iran war ein Kampf um Vorherrschaft, der weitgehend außerhalb des Einflusses der Supermächte geführt wurde, obwohl beide Kriegsparteien erneut in die Abhängigkeit der gesamten Rüstungsindustrien der Welt gerieten. Allerdings zeigte sich ein gravierender Unterschied zur Vergangenheit: Jetzt waren es die Rüstungsexporteure und deren Regierungen, die sich für die Interessen der regionalen Mächte instrumentalisieren ließen. Niemandem fiel auf, daß sie es waren, die sich erdreisteten, in der „post-hegemonialen Ära“ den Ton anzugeben.

Hier liegt wohl der tiefste Grund dafür, daß die Krise in den Krieg umschlug. Saddam Hussein brauchte Kuwait, um sein Land nach einem achtjährigen mörderischen Krieg wieder aufzubauen und damit die Basis für eine regionale Vorherrschaft zu schaffen, die, in seinem Selbstverständnis, ihrerseits eine neue Etappe auf dem Weg zur Emanzipation des Raums vom Westen bilden sollte. Saudi-Arabien, die Golf-Emirate, Ägypten und Syrien fürchteten diese Ambitionen Husseins mehr als die massive Wiederkehr des Westens, insbesondere der USA, die eine erneute Veränderung der Machtverhältnisse in einer

Region, die über die reichsten Erdölvorkommen der Welt verfügt, nicht zulassen konnten, vor allem dann, wenn sie außerhalb ihrer Kontrolle stattfand.

Das war die Grundlage der Anti-Irak-Koalition, die dadurch, daß Saddam Hussein als Aggressor das Völkerrecht mit Füßen trat und mit der Vernichtung Israels drohte, noch eine moralische Rechtfertigung erhielt, die die Vereinten Nationen mit ihren Resolutionen untermauerten. War das nicht eine historische Gelegenheit, die „Weltordnung“ der Zukunft auf die Prinzipien des Rechts zu gründen? Zunächst aber ging es darum, ein riesenhaftes militärisches Potential in der Region anzuhäufen - unter der vorantreibenden Führung der USA. Es entfaltete eine eigene Logik und Automatik, die der Politik, also einem rationalen Krisen-Management, das auf langen Atem setzt, immer weniger Chancen ließ.

Ist aber der Krieg noch immer oder schon wieder ein Mittel der Politik? Die Antwort des Golfkriegs ist, wie zu erwarten, negativ. Er verschlimmert alle Probleme; alle Beteiligten sind Verlierer. Der militärische Sieg der Koalition ist ein Pyrrhus-Sieg. Plötzlich reden alle von Friedenskonferenzen, akzeptieren also jene Gesamtschau der Probleme, die Hussein, sicher aus taktischen Gründen, vorgeschlagen hat, und die die USA und Israel stets abgelehnt haben. Eine „Neuordnung“ kann aber nur auf der Grundlage einer Mischung von Selbstbestimmung und kollektiver Sicherheit im Rahmen eines Minimalkonsenses unter Arabern sowie westlichem Einfluß geschehen, der sich auf wirtschaftliche Entwicklung beschränkt. Ist das die Quadratur des Kreises, ein naiver Wunschtraum? Aber das ist nicht alles: Der Krieg hat die Anforderungen in die Höhe getrieben. Die neue Gestaltung des Nahen und Mittleren Ostens, sollte es so etwas überhaupt geben, hat nur Bestand, wenn sie als Test für eine Neuordnung der Beziehungen zwischen Nord und Süd verstanden wird. Damit tut sich eine gewaltige Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit auf. Sie läßt sich nur verringern, sofern sich bei allen Beteiligten ein „neues Denken“ durchsetzt.

Eine „neue Weltordnung“: Mythen und Realitäten

Eröffnet der Golfkrieg wirklich jene rosigen Aussichten, die George Bush nicht müde wird zu beschwören? Bis zum 2. August 1990 schien es, als würde die „post-hegemoniale Ära“ zu einer Weltgesellschaft führen, die sich durch wachsende Interdependenz und gegenseitige Abhängigkeit sowie durch eine multipolare Struktur, also durch Machtdiffusion, kennzeichnet. Viele Analytiker sahen darin einen positiven Trend. Um zu überleben, mußte eine solche Welt auf Kooperation, nicht auf Konflikt oder gar Krieg setzen. Manche ließen sich zu der Annahme verleiten, daß intra- und interregionale Konflikte durch die Schaffung sogenannter „internationaler Regime“ aufgefangen und bewältigt werden könnten, weil sich alle Konfliktparteien bei der Lösung ihrer Probleme an

gemeinsam akzeptierte Normen, Regeln und Prinzipien halten.⁸ Auf jeden Fall aber müssten internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen in dieser multipolaren Welt größere Verantwortung für die Regulierung von Krisen zufallen.

⁸ Beate Kohler-Koch (Hrsg.), *Regime in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden 1989.

Daß die Krise am Golf zum Krieg eskalierte, hat diesen Träumen ein jähes Ende bereitet. Außerdem führte dieser Krieg zu einem doppelten Schock. Zum einen zeigte er die Zielgenauigkeit elektronisch gesteuerter Waffensysteme, die ihn in die Nähe eines „chirurgischen Eingriffs“ brachten. Auch wenn die Wirklichkeit ganz anders aussieht, bedeutet dieses Bild, daß der Krieg nicht nur machbar, nicht nur gewinnbar (sogar mit einem Minimum an eigenen Verlusten) ist, sondern eine heilsame Funktion besitzt: Er entfernt aus dem Körper der „Völkergemeinschaft“ ein böses Geschwür, sorgt also dafür, daß seine Gesundheit wiederhergestellt wird. Allerdings mit dem Risiko, daß die Operation zwar erfolgreich verläuft, der Patient aber daran stirbt! Zum anderen war klar, daß es sich bei dem Begriff „Völkergemeinschaft“ (gegen Hussein) um eine Übertreibung handelt. In Wahrheit verbarg sich dahinter ein Novum: Ein einmütiger Norden (USA/Europa/Japan/Sowjetunion) steht auf, um einem Diktator des Südens die Beute aus den Händen zu reißen.

Ist diese Konstellation, wie George Bush zu glauben vorgibt, ein geeignetes Sprungbrett für die Schaffung einer „neuen Weltordnung“? Oder katapultiert sie uns ganz anderswohin? Gewiß: Die bedrohlichen Instabilitäten der „post-hegemonialen Ära“ verlangen, wie der Nahe und Mittlere Osten nachdrücklich belegt, nach Konzepten für eine Ordnung, die es erlaubt, mit den Herausforderungen, die täglich bedrohlicher werden, fertig zu werden. Die Schere zwischen Problemdruck und Problembewältigung klappt immer weiter auseinander, auf allen Ebenen und in allen Teilbereichen der Weltgesellschaft. Es besteht mithin ein dringender konzeptioneller Bedarf.

Es ist nur folgerichtig, wenn George Bush, gerade als Führer der Anti-Irak-Koalition, als erster öffentlich über die Umrisse einer „neuen Weltordnung“ nachdachte und damit das Thema zunächst für sich „belegte“. Das entscheidende, viel zu wenig beachtete Dokument ist seine Rede zur „Lage der Nation“ vor dem Kongreß am 29. Januar 1991.⁹ Selbst wenn man die bei solchen Anlässen übliche Rhetorik berücksichtigt, aber auch die legitime Absicht des Präsidenten, sein Volk für den Krieg zu motivieren und zu mobilisieren, schälen sich Grundgedanken heraus, die deshalb bemerkenswert sind, weil sie in der Kontinuität des Glaubens der Amerikaner an die besondere Rolle des ausgewählten Volkes hegen. Zwar rechtfertigt Bush zunächst den Krieg durch die 12 UN-Resolutionen. Viel wichtiger ist ihm aber die Überzeugung, daß er nur ein Glied in der langen Kette der Bemühungen Amerikas ist, für eine bessere Weltordnung zu kämpfen. „Seit zweihundert Jahren haben wir für die Freiheit hart gearbeitet. Und heute abend

9 Text in: Frankfurter Rundschau, 8.2.1991.

führen wir die Welt in der Machtprobe einer Bedrohung gegen Anstand und Menschlichkeit. Es steht mehr auf dem Spiel als nur ein kleines Land - eine große Idee: eine neue Weltordnung.“ Die erneut mit Nachdruck geforderte Rolle der USA als Weltführungsmacht wird, an mehreren Stellen der Rede, zuallererst moralisch untermauert. Für Bush (wie wohl für die meisten Amerikaner) gibt es keine Macht auf dieser

Welt, die in dieser Hinsicht den USA auch nur annähernd das Wasser reichen könnte.

Aber der Führungsanspruch wird auch inhaltlich definiert. An drei Stellen beschwört Bush die Vision vom „nächsten amerikanischen Jahrhundert“, eine neue „Pax Americana“, was nur heißen kann, daß die Vorgaben für die künftige Weltordnung, ihre Grundlagen und Machtstrukturen, von den USA kommen müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind zwei Voraussetzungen nötig. An erster Stelle rangiert die „Erneuerung“ im Innern, das heißt die Überwindung der schweren ökonomischen und sozialen Defekte, die in einer gewaltigen inneren und äußeren Verschuldung gipfeln. „Wenn Ihnen jemand erzählt, Amerika habe seine besten Tage hinter sich, sehen Sie das falsch.“ Damit ist mit einem Satz die langjährige Debatte um den Niedergang der USA weggewischt.¹⁰

Die zweite Voraussetzung für die Weltführungsrolle ist die Unabhängigkeit im Bereich der modernen Hochtechnologien. Deshalb wird das von Ronald Reagan 1983 lancierte SDI-Programm (Schaffung eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems), das wegen technischer und finanzieller Schwierigkeiten, aber auch wegen der Annäherung an die Sowjetunion sang- und klanglos einzugehen schien, wieder mit neuem Leben erfüllt. Was dahintersteckt, führt Bush zwar nicht explizit aus, aber er läßt es ahnen: die Entwicklung einer Art „Super-Patriot-Rakete“ als wichtigstes Waffensystem für die Durchsetzung des Weltführungsanspruchs im Kampf gegen das „dunkle Chaos der Diktaturen“. Natürlich geht es auch darum, sich endlich aus der technologischen Abhängigkeit von Japan zu befreien, das, wie man weiß, einen erheblichen Anteil der elektronischen Bestandteile der Bomben und Raketen liefert. Es versteht sich auch, daß die auf diese Weise erarbeiteten Forschungsergebnisse als strenges Geheimnis gehütet werden. Zur Weltführungsmacht gehört ein Monopol an technisch-wissenschaftlichem Wissen.

Wie also sieht die „neue Weltordnung“ aus? An der Spitze stehen - politisch, strategisch, technologisch - die USA, sekundiert von Japan und Europa (vor allem Deutschland), die ökonomische, vor allem aber finanzielle Unterstützung zu leisten haben: eine Art Arbeitsteilung zwischen dem „Weltpolizisten“ und dem Troß, der wieder, wie zur Zeit des Kalten Krieges, unter den Fittichen der Führungsmacht seinen Geschäften nachgehen kann, allerdings mit der Maßgabe, einen erheblich höheren Werttransfer zur Verfügung zu stellen als früher. Im Grunde ist das Konzept eine Neuauflage der berühmten Rede Kissingers von 1973, in der er den USA eine globale, Japan und Westeuropa nur eine

¹⁰ Vgl. z.B. Paul Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte*, Frankfurt/M. 1989.

regionale Verantwortlichkeit zuspricht.¹¹

Bezeichnenderweise erwähnt Bush in seiner Rede die Dritte Welt mit keinem Wort. Der Kampf gegen Armut und Unterentwicklung und für die Schaffung einer (hier hat das Adjektiv seinen richtigen Platz) „gerechten

11 Vgl. Christian Hacke, Von Kennedy bis Reagan. Grundzüge amerikanischer Außenpolitik von 1960 bis 1984, Stuttgart 1984.

Weltwirtschaftsordnung“ wird nicht thematisiert, ebenso wenig die Rolle der Vereinten Nationen in der „neuen Weltordnung“, also die Möglichkeit multilateral-institutionalisierter Konfliktregelung. Solche Gedanken wären ein Fremdkörper gewesen, der die Vision zweifellos gestört hätte. Kein Wunder, wenn neue Ängste und Sorgen nicht zufällig in der Dritten Welt artikuliert werden. In einem Bericht aus Indien heißt es: „Der Golfkrieg, so ist in diesen Tagen häufig von ernstzunehmenden Analytikern zu hören, sei nichts anderes als eine Wiederauflage des gerade erst überwunden geglaubten Imperialismus, wenn nicht gar des Kolonialismus.“ Und weiter: „Der Golfkrieg hat diese Hoffnungen (auf eine multipolare Welt) zunichte gemacht. Nun sieht man sich und damit die gesamte Dritte Welt in einer unipolaren Welt - so das neue Schlagwort - auf absolute Macht- und Hilflosigkeit zurückfallen.“ Nicht der Kampf gegen den Irak unter Führung der USA werde kritisiert, sondern „die sich anbahnende Möglichkeit, daß die Welt jetzt nach den Vorstellungen des Westens umgekrempelt werden soll.“¹²

Ahnlich, nur differenzierter, sieht der berühmte Theoretiker des „Weltsystems“, Immanuel Wallerstein, die Entwicklung, wenn er meint, daß der Golfkonflikt nicht die letzte militärische Konfrontation zwischen Norden und Süden ist. „Mit dem Eintritt in eine post-hegemoniale Ära befinden wir uns in einer auf doppelte Weise bipolaren Welt. Wirtschaftlich und politisch bewegen wir uns auf die Bildung zweier Nord-Zentren zu: zu einem US-japanischen Kondominium (einschließlich China) und einer europäischen Konföderation (einschließlich Rußland). Beide Giganten kämpfen um den ökonomischen Kuchen des frühen 21. Jahrhunderts und stehen zugleich gemeinsam dem Süden in zahlreichen Konfrontationen gegenüber. In diesem drohenden Konflikt könnte der Süden gerade aufgrund seiner zunehmenden wirtschaftlichen Schwäche mehr und mehr zu offen militärischen Formen des Konflikts greifen. Und wenn das geschieht, werden Atomwaffen eingesetzt werden.“¹³

Man kann über einzelne Elemente dieser Analyse anderer Meinung sein. Aber es wäre leichtfertig, über ihre grundsätzliche Aussage hinwegzugehen. Eine „neue Weltordnung“ wird nicht am Reißbrett entworfen und schon gar nicht Menschen, die sie nicht wollen, übergestülpt. Soll sie akzeptiert werden, muß sie das Ergebnis eines Interessenausgleichs sein, der, unvermeidbarerweise, nur am Ende langer, mühevoller und harter Auseinandersetzungen stehen kann, an denen sich alle einschlägigen Akteure beteiligen müssen. Die „unipolare Welt“ oder gar das „nächste amerikanische Jahrhundert“ sind

12 Gabriele Vensky, Inder fürchten Rückkehr des „weißen Sahib“, in: FR, 12.2.1991; dies., Der Zorn der Armen, in: Die Zeit, 15.2.1991.

13 Immanuel Wallerstein, Die posthegemonial Ära, in: Tageszeitung, 24.12.1990.

nicht nur Wunschträume, sondern, wie der Golfkrieg zeigt, für eben diese „neue Weltordnung“ kontraproduktiv. Iran, selbst die geschwächte Sowjetunion und im Hintergrund sogar China werden sich einmischen und erreichen, die Strategie der USA zu durchkreuzen. Selbst wenn eine von den USA beherrschte alliierte Streitmacht nach dem Krieg die „Neuordnung“ des

Nahen und Mittleren Ostens „überwacht“, wird nicht ein regionales Teilstück der neuen „Pax Americana“ entstehen. Sie hatte ihre Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Die „neue Weltordnung“ dagegen hat es mit einer Weltgesellschaft zu tun, die vor unseren Augen entsteht und deren Regulierung entweder gemeinsam oder gar nicht gelingt. Diese Aufgabe ist zu schwierig, um sie allein den USA zu überlassen.

Deutschland am Scheideweg

Niemand sollte sich wundern, daß Deutschland in dieser Zeit welthistorischer Umbrüche seinen Platz noch nicht gefunden hat. Das zeigt nur, daß es nicht in der ersten Reihe der aktiven Kräfte steht. Die Ungewißheiten der „post-hegemonialen Ära“ haben es schwerer getroffen und stärker in ihren Sog gezogen als andere Länder. Daraus erklärt sich die Sprachlosigkeit der politischen Klasse, der „black-out“ der Intellektuellen, die Orientierungslosigkeit der Medien und der schon ans Lächerliche grenzende Scheinaktivismus der Außenpolitik. Aber diese allgemeine Verworrenheit enthält auch eine Chance zur Neubesinnung, zur Neubestimmung von Standorten und Finalitäten. Schon sind die Dinge in vollem Fluß, wie die schärfer und grundsätzlicher werdenden Auseinandersetzungen in Schulen, Universitäten und innerhalb wie zwischen politischen und gesellschaftlichen Organisationen beweisen. In der Tat: „Die Fundamente der alten Bundesrepublik geraten nach und nach ins Wanken.“¹⁴

Wie könnte es anders sein? Schon der erste „Wendepunkt des Weltsystems“ (Wallerstein), das Ende des Ost-West-Konflikts, griff in die Substanz dessen ein, was die Bundesrepublik als Kind des Kalten Krieges ausmachte. Sicherheitspolitisch und ökonomisch integrierte sie sich in den Westen. In der auf diese Weise entstandenen Nestwärme entfaltete sie einen nie dagewesenen Wohlstand. Sogar zur staatlichen Einheit gelangte sie ohne eigenes Zutun; sie fiel ihr als überreife Frucht vom verfaulenden Baum des Ost-West-Gegensatzes in den Schoß. Aber sofort zeigte sich, daß sie darauf nicht vorbereitet war: sie wußte mit dieser Frucht nichts anzufangen und ließ sie konsequenterweise im eigenen Schoß weiter verfaulen. Das ist das erste Versagen, für das Staat und Gesellschaft als Ganzes die Verantwortung tragen.

Der Hauptgrund liegt in einem eklatanten Widerspruch, der immer mehr in die Augen springt. Auf der einen Seite war klar, daß zur traditionellen Westorientierung, die sogar zum Bestandteil der „Staatsräson“ erklärt wurde, nun eine Ostöffnung hinzutrat, die weit

14 Ian Ross, Unschuld an der Macht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.2.1991.

über die bislang praktizierte Ostpolitik hinausgeht. Plötzlich mußte an dem mitgearbeitet werden, was das „Gemeinsame Europäische Haus“ genannt wurde. Deutschland mit seiner wirtschaftlichen Kraft fiel dabei zwangsläufig eine herausragende Rolle zu, wie immer die westlichen Nachbarn darüber denken. Im übrigen erwarten auch sie, daß es beim Übergang vom gescheiterten „Realsozialismus“ zu Marktwirtschaft und pluralistischer Demokratie einen entscheidenden Beitrag leistet. Das aber heißt

nichts anderes, als daß Deutschland die neue Aufgabe einer Scharniermacht zwischen West und Ost übernimmt, wozu alle konzeptionellen Voraussetzungen fehlen, zum Beispiel über die Art und Weise, wie das Verhältnis von Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft zu gestalten ist.

Auf der anderen Seite fehlt es aber auch an innergesellschaftlichen Voraussetzungen. Von der Regierung gedankenlos unterstützt, flüchtete sich die westdeutsche Gesellschaft allzu lange in die Illusion, es könnte alles beim Alten (so überaus Bewährten!) bleiben: vom Grundgesetz bis zum sakrosankten Wohlstand. Jetzt, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist und sich in den fünf neuen Bundesländern das ganze Ausmaß der Katastrophe abzeichnet, wacht man auf, zieht aber immer noch nicht alle notwendigen Konsequenzen.

In diese schon überaus schwierige Situation schlug der Golfkrieg (die Golfkrise hat niemand wirklich wahrgenommen) wie ein Blitz aus (schon nicht mehr) heiterem Himmel ein. Plötzlich ging es nicht mehr um Europa, sondern um einen Vorgang, der ganz andere Dimensionen aufreißt: die Führungsrolle der USA, die Solidarität mit den Bündnispartnern, das Nord-Süd-Verhältnis, ja das Problem einer „neuen Weltordnung“. Wieder wurde deutlich, daß die inzwischen erweiterte Bundesrepublik, ganz in ihre nationale Nabelschau versunken, auf diesen zweiten „Wendepunkt im Weltsystem“ noch weniger vorbereitet war. Beide Ereignisse zusammen überstiegen die politische und intellektuelle Vorstellungskraft der Deutschen. Sie schlafften ab; ihr Land verwandelte sich in ein weltpolitisches Vakuum.

Natürlich kann das nicht lange so bleiben. Die Probleme, vor denen man sich nicht mehr herumdrücken kann, stehen schon Schlange: Steuererhöhungen, Grundgesetzänderung, offene Hauptstadtfrage, Bündnisfall, Rolle der Bundeswehr, Glaubwürdigkeit der Politik („Steuerlüge“) und des Rechtsstaats angesichts der „Exporteure des Todes“, der Rüstungsexport generell, letzten Endes sogar die Frage, inwieweit das „Modell Deutschland“, auf das Regierende, Unternehmer und Gewerkschaften so stolz waren, noch trag- und funktionsfähig ist angesichts der ständig wachsenden, alle bisherigen Haushaltskategorien sprengenden Finanzierungsverpflichtungen nach innen und außen. Allein das Thema des Rüstungsexports muß, nimmt man es ernst, das Verhältnis von außenwirtschaftlicher Liberalität und Moralität, zugleich aber Grundfragen außenpolitischer Orientierung berühren. Gerade hier offenbart sich ein fundamentales Übel: die mangelnde Bereitschaft zur Radikalität des Denkens, die wir uns unter der bequemen Herrschaft der „Ausgewogenheit“ seit langem abgewöhnt

haben, die aber nun unter den Bedingungen des „doppelten Wendepunktes des Weltsystems“ unerlässlich geworden ist.

So kommt die Bundesrepublik nicht darum herum, eine Auseinandersetzung über ihr Selbstverständnis nach innen und außen zu führen, die noch weit über die Kontroversen hinausreicht, wie sie in der Gründungsphase stattgefunden haben. Im Grunde stehen wir mitten in einer zweiten Gründungsphase. Um 1950 ging es fast ausschließlich um die innere Ausgestaltung des Gemein-

wesens, die „nationale Frage“ eingeschlossen. Heute aber geht es um viel mehr. Jedes Problem, über das wir nachdenken, muß am Schnittpunkt dreier Realitäten angesiedelt werden, die sich auf engste miteinander verbinden: der nationalen, der supranational-europäischen und der globalen. Inzwischen sind wir Teil einer Weltgesellschaft, für deren Entwicklung wir mitverantwortlich sind, in Europa vornehmlich, aber auch anderswo. Erst von hier aus bekommt der Begriff „neue Verantwortung“ seine Kontur; hier siedeln sich die übergeordneten Maßstäbe für alles Denken und Handeln an.

Diese Auseinandersetzung wird sich bald auf zwei grundsätzliche Alternativen konzentrieren, zwischen denen eine Entscheidung fallen muß. Die erste ist eine konservativ-rückwärtsgewandte. Sie beruht auf dem Prinzip, aus der Geschichte der Bundesrepublik so viel wie möglich in die neue Zeit hinüber zu retten: enge Bindung an die USA, feste Einbindung in die NATO als unantastbare Priorität, der auch ein geeintes Europa unterzuordnen ist. Dem würde im Innern ein Wachstumsmodell entsprechen, das sich nicht wesentlich von dem unterscheidet, wie es in den USA und Japan existiert und damit sowohl wachsende Interdependenz wie auch den zur Entwicklung nötigen Konkurrenzkampf innerhalb der Triade erlaubt. Dieses Modell wäre ausschließlich „triadefixiert“. Die damit vollzogene Einfügung in eine „neue Weltordnung“ à la George Bush würde mit einem größeren Werttransfer in Richtung auf die Führungsmacht verbunden sein, der eines Tages dazu führen könnte, die Angebotsseite der deutschen Ökonomie noch mehr zu Lasten der Arbeitnehmer zu privilegieren, als es bislang der Fall gewesen ist.

Die zweite Alternative ergibt sich von selbst: Deutschland als Motor einer auf Ausgleich angelegten west- und gesamteuropäischen Entwicklung mit dem Ziel größerer Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Der auch damit verbundene Werttransfer in Richtung Osteuropa und Dritte Welt hätte langfristig eine produktivere Wirkung als in der ersten Alternative. Die auf diese Weise definierte grundsätzliche Priorität müßte offensiv nach außen vertreten werden. Mit dieser Strategie korrespondiert ein Wachstumsmodell, das sich nicht unbedingt an amerikanischen und japanischen Vorgaben orientiert und gerade deshalb über größeren Spielraum verfügt, seine Stellung in der internationalen Arbeitsteilung stärker nach politischen Zielvorstellungen auszurichten, mithin den Primat der Politik gegenüber der Ökonomie und der Herrschaft der Marktgesetze wiederherzustellen, um überhaupt handlungs- und gestaltungsfähig zu werden.

Eine sich daraus ergebende „neue Weltordnung“ würde sich konsequenterweise darum bemühen, genau jene Probleme einer Lösung entgegenzuführen, die die alte

Weltordnung der „dreißig glorreichen Jahre“ im Rahmen der ersten „Pax Americana“ und des Kalten Krieges zum Einsturz gebracht haben. Wenn der Golfkrieg schon dazu geführt hat, das Unheil zu vergrößern, das zu bekämpfen er vorgab, müßte sich die Lehre aufdrängen, sich mit Leib und Seele der zweiten Alternative zu verschreiben.

(Abgeschlossen am 20. Februar 1991)